



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

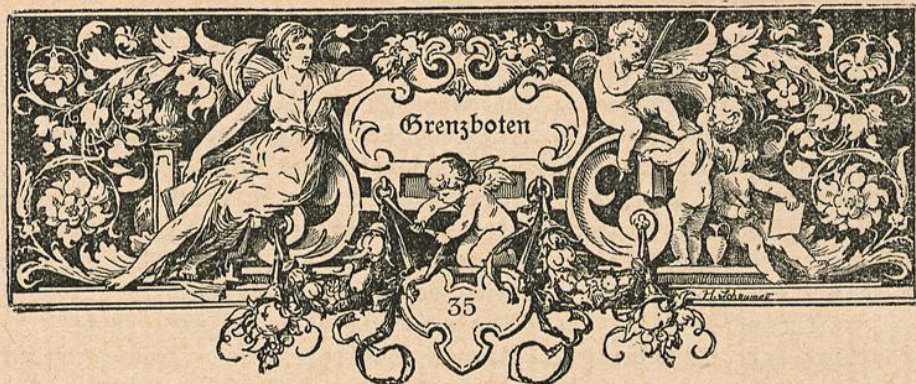
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Jordan, Hermann: Nationale Sammlungspolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 31. August 1921

Keine Regierung ist für das Landesinteresse so schädlich wie eine schwache. Eine Regierung muß vor allen Dingen fest und energisch sein, nötigenfalls sogar mit Härte vorgehen. Das ist zur Erhaltung des Staates nach außen wie nach innen nötig. Eine Regierung, die an der Neigung krankt, Konflikte auszuweichen, notwendige Kämpfe zu unterlassen und sogar ausländischen Wünschen immerfort nachzugeben, verfällt unrettbar dem Untergange. Sie gelangt sehr bald dahin, sich überhaupt nur noch durch Zugeständnisse erhalten zu können, von denen das eine das andere nach sich zieht, bis von der Staatsgewalt überhaupt nichts mehr übrig ist.

Bismarck

Nationale Sammlungspolitik

Von Professor D. Hermann Jordan, Erlangen



Das deutsche Volk hat in allen seinen Richtungen und Parteien bisher an dem neueingeführten Parlamentarismus keine rechte Freude gehabt. Die parlamentarische Regierungsform hat den Zweck zu erreichen, daß eine Regierung gebildet wird, die den Wünschen der Mehrheit des Volkes entspricht. Das ist in den zweieinhalb Jahren deutscher parlamentarischer Regierungsform noch bei keiner Regierung der Fall gewesen. Jede der Regierungen war ein Kompromiß. Keine hatte eine wirklich feste ihr innerlich zugetane Mehrheit des Volkes hinter sich. Daher wechselten die Regierungen kaleidoskopartig, so daß wir heute beim fünften bzw. sechsten Reichskanzler innerhalb zweieinhalb Jahre angelangt sind, eine Zahl an Reichskanzlern, die das kaiserliche Deutschland erst in sechsundvierzig Jahren verbrauchte.

Wie kommt das? Es ist doch alles ordentlich zugegangen. Man hat gewählt nach dem ausgedehntesten Wahlrechte, das wohl denkbar ist. Die gewählten Vertreter des Volkes brauchten bei der Regierungsbildung auf keinen Monarchen, auf keinen eigenwilligen Präsidenten Rücksicht zu nehmen, standen unter keinerlei Terror und doch wurde die Regierungsbildung von Mal zu Mal

schwieriger, bis man — im vollen Widerspruch zum parlamentarischen System — beim Minderheitskabinett anlangte.

Viele von uns haben eine solche Entwicklung angeichts der besonders gelagerten deutschen Verhältnisse erwartet, zum Teil auch vorausgesagt. Wir, die wir zu diesen gehörten, haben ja nun an sich ein starkes Recht zu sagen: „Seht, da sieht man, was bei dem parlamentarischen System in Deutschland herauskommt, der Weg ist ungangbar.“ Es wird darauf geantwortet, daß wir eben noch in den Kinderkrankheiten des Parlamentarismus stecken. Nun, das ist immer die Verlegenheitsausrede dessen, der ein Ideal der Welt als alleiniges Heilmittel gepriesen hat und dann vor den Scherben sich und andere zu trösten sucht.

Doch halte ich weder jenen Vorwurf noch diese Ausrede gegenwärtig für sonderlich nützlich und gut. Dieser ganze Glaube an Verfassungstheorien und Verfassungsideale ist nach meiner Empfindung ein etwas zweifelhaftes Ding. Se mehr eine Verfassung der besonderen Art eines Volkes, seiner politischen Lage und seiner Geschichte entspricht, um so leichter wird es im allgemeinen sein, nach ihr zu regieren, aber eine recht gute Verfassung, wie sie z. B. trotz aller Fortbildungsmöglichkeit die Bismarcksche Verfassung war, schützt nicht davor, daß man mit ihr schlecht regiert — das hat uns Herr von Bethmann Hollweg für alle Zeiten eindrücklich gemacht. Und eine weniger gute Verfassung, wie sie trotz einiger guter Seiten die Weimarer Verfassung ist, hindert durchaus nicht, daß man gut regiert — das ist die Aufgabe, die uns gegenwärtig gestellt ist. Es ist keine Staatsverfassung so schlecht, daß ein wirklicher Staatsmann nicht mit ihr regiert. Verfassungen sind ja letzten Endes doch nur die formalen Bindungen, in denen der staatsmännische Geist irgendwie das schöpferisch gestaltet, was das Wesen des Regierens ist, die politische Führung des Volkes. Die Neugestaltung der Verfassung wird sich dann früher oder später vollziehen müssen.

Wir leiden bei der Notwendigkeit, uns mit dem parlamentarischen System einzurichten, unter zwei Dingen, erstens der großen Zahl der Parteien — acht großen und mittleren Parteien neben kleineren Splintern — und zweitens daran, daß es bisher nicht gelingen wollte, wirklich bedeutende staatsmännische Persönlichkeiten in das Reichskabinett zu bringen. Das eine hängt mit dem andern auf das engste zusammen. Wegen der vielen Parteien kann es sich immer nur um einen mühsamen Kompromiß handeln, aus dem der Kanzler und die Glieder des Kabinetts hervorgehen. Jeder Kompromiß bei Wahl leitender Persönlichkeiten birgt immer die Gefahr in sich, daß aus dem Verfahren nicht die bedeutenden energischen Persönlichkeiten hervorgehen, sondern die Menschen mittlerer Größe, gegen die der andere Teil nicht gerade viel einzuwenden hat. Das ist eine Erscheinung, die wir z. B. beim Konklave der Kurie durch die Jahrhunderte immer wieder beobachten können. Und weil das so ist, darum gelingt es diesen Männern mittleren Wuchses nicht, führend Parteien und Volk zu Einheiten zusammenzuschweißen und sich feste dauernde Mehrheiten zu schaffen.

Es fragt sich, ob wir diese beiden Dinge irgendwie ändern können. Es haben manche schon vor vielen Jahren von der Notwendigkeit des Zweiparteiensystems für Deutschland gesprochen, indem sie wünschten, das frühere, nun in der Abbröcklung begriffene, englische System auf Deutschland zu übertragen. Freilich

ist das nicht so leicht. Vorläufig hatten wir gerade in den letzten Jahren die entgegengesetzte Tendenz zu beobachten sowohl in der Dreiteilung der früher geschlossenen Sozialdemokratie, wie in der Zerteilung des Zentrums, wogegen auf der Rechten die Tendenz zur Zusammenfassung aller kleineren Parteien zu einer großen nationalen Partei stark war, so daß auch heute noch an Stelle der drei bis vier Parteien und Gruppen der Rechten nur zwei große Parteien stehen. Diese Tatsache hat die Stoßkraft und politische Bedeutung jeder dieser Parteien zweifellos erhöht, während die Abplitterungen, insbesondere bei der Sozialdemokratie, eine Schwächung ihrer politischen Stoßkraft bedeutete.

Bekanntlich ging die Tendenz der Zusammenfassung der Kräfte auf der Rechten noch weiter, bis hin zum Gedanken der Fusion der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei. Aber auch da, wo man diesen Gedanken nicht mehr vertritt oder jedenfalls als gegenwärtig nicht realisierbar betrachtet, ist doch sehr stark die Tendenz vorhanden, durch Zusammenfassung der beiden Parteien der Rechten zu einer wirkungskräftigen Einheit zu besseren politischen Grundlagen für die Zukunft zu kommen. Ich glaube, daß in der Tat in dieser Richtung eine Unbahnung der Lösung unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Anwendung des parlamentarischen Systems auf unser Reich gesucht werden muß. Die Deutsche Volkspartei hat die Lösung in den dreiviertel Jahren vom Juni 1920 bis Mai 1921 auf einem anderen Wege gesucht; ich glaube, daß der Erfolg gegen diesen Versuch spricht.

Die Zeit, die zwischen den Suniwahlen 1920 und der Annahme des Ultimatums vom 10. Mai 1921 abgeschlossen vor uns liegt, war die eines Minderheitskabinetts zwischen Zentrum, Demokratie und Deutscher Volkspartei mit w o h l w o l l e n d e r Haltung der Mehrheitssozialdemokratie. Die Tendenz war bei der Regierungsbildung die gewesen, die Mehrheitssozialisten in diese Koalition mit hineinzuziehen. Diese hat sich dessen geweigert. Sie hat mit dieser parteiaktisch außerordentlich geschickten Weigerung zwei Dinge zu gleicher Zeit erreicht, nämlich erstens einen so starken Einfluß auf die Regierungsbildung und die Maßnahmen der neuen Regierung auszuüben, daß nichts wirklich Entscheidendes gegen den Willen der Sozialdemokratie geschehen und also auch nicht in wirklich energischem Sinne nichtsozialistische innere und äußere Politik gemacht werden konnte und sie zweitens trotzdem vor den Massen ihrer Wähler die ungehinderteste Kritik an der Regierung üben und alle Mißstände der Tatsache zuschreiben konnte, daß eine bürgerliche Regierung am Ruder war. Auf diesem Wege ist es ihr in dreiviertel Jahren gelungen, ihre Position innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft aufs neue zu befestigen. Die Mehrheitssozialdemokratie steht heute wesentlich günstiger da, als am 6. Juni 1920. Zugute kam ihr natürlich dabei der Hallenser Parteitag der Unabhängigen und der mit diesem beginnende Zerfall dieser Partei. Schon die Preußenwahlen vom 20. Februar 1921 zeigten die neue starke Anziehungskraft der Mehrheitssozialdemokratie, die bewirkte, daß die alte preußische Koalition zwischen Mehrheitssozialdemokratie, Zentrum und Demokratie eine Mehrheit hatte, die am 6. Juni 1920 in Preußen nach den Ergebnissen der Reichstagswahlen schon nicht mehr vorhanden gewesen war. Scheidemanns Ruf nach Neuwahlen im Reich in seinem

Artikel vom 23. Mai 1921 stützte sich auf das Ergebnis dieser Entwicklung. Man hofft nunmehr, wenn Reichstagswahlen kommen, ein Ergebnis hervorzu- rufen, bei dem die Mehrheitssozialdemokratie mit hundertvierzig bis hundertfünfzig Mandaten unter Rückendeckung durch die noch übrig bleibenden Unabhängigen und unter erneuter Verstärkung des Erzberger-Wirthschen Einflusses im Zentrum in einer neuen Regierung die schlechthin ausschlaggebende Rolle spielt, unter selbst- verständlicher Ausscheidung jeden Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei. Sollte man das Ziel erreichen — und man ist nicht so sehr weit davon entfernt — so wäre das das Ergebnis einer klugen Parteitaktik von dreiviertel Jahren.

Demgegenüber hat die Deutsche Volkspartei an Boden verloren. Die Wahlen zu zahlreichen Landtagen, vor allem die Preußenwahlen, brachten gegen- über dem 6. Juni 1920 ein nicht unbeträchtliches Sinken der Wählerzahlen der Partei. Nun, das ließe sich ja ertragen und passiert ja schließlich jeder Partei mit oder ohne ihre Schuld, wenn auch angesichts des Wunsches nach einer Koalition von Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei gerade das Steigen der mehrheitssozialistischen, das Sinken der deutsch-volksparteilichen Mandate diese Koalition zu einer schwer haltbaren macht, da die Gegengewichte dann zu ungleich verteilt sind.

Wichtiger ist die Frage, was denn nun in den dreiviertel Jahren erreicht ist. Alles? Das kann kein Mensch verlangen. Manches? Das ist gewiß! Wir kamen in mancher Hinsicht in ein etwas ruhigeres Fahrwasser, die Justiz- pflege lag in ruhiger Hand, neue Experimente im Wirtschaftsleben wurden nach Möglichkeit verhindert. Die Zwangswirtschaft wurde in entscheidender Weise abgebaut. Die letztere Maßnahme lag freilich so sehr in den Verhältnissen und im Zuge der Zeit, hatte zudem im Reichstag eine so starke Mehrheit hinter sich, daß auch die alte Koalition ohne die Deutsche Volkspartei nicht in der Lage gewesen wäre, die Zwangswirtschaft weiter wie bisher aufrecht zu erhalten. Die Sozialdemokratie lieferte an diesem Punkte sowieso im wesentlichen nur Rückzugs- gefechte. Aber, wie dem auch sei, ganz ohne Spuren ist es gewiß nicht geblieben, daß die Deutsche Volkspartei mit in der Regierung saß.

Aber das ist doch schließlich nicht das Entscheidende. Ich würde vielmehr das Entscheidende darin sehen, ob man die Frage bejahen kann, ob eine klare entschlossene Politik gemacht wurde, die geeignet war, der Nation Vertrauen zu diesem Kabinett zu geben, so daß sie auch durch schwierige Lagen hindurch geneigt war, der sich bewährenden Führung zu folgen, ob es vor allem gelang, in der ausländischen Politik die im Rahmen des zurzeit Möglichen liegenden Erfolge zu gewinnen und falls gar nichts zu erreichen war, jedenfalls die Ehre und Würde des Reiches zu wahren. Diese Frage würde wohl kaum bejaht werden können. Aber im Grunde steckt doch da unser ganzes gegenwärtiges politisches Problem. Wir brauchen politische Führung, ja wir Deutsche aller Richtungen und Parteien sehnen uns nach einem: nach Führung. Wer die uns gibt, der wird die Mehrheit der Nation über viele Parteien hinweg hinter sich haben und das schwere Erbe der starken Parteizersplitterung überwinden.

Das Kabinett konnte nicht führen, weil es keine wirklichen Führernaturen besaß, zumal an den beiden entscheidenden Posten, denen des Reichskanzlers und

des Ministers des Auswärtigen. Herrn Fehrenbach in allen Ehren! Es wird ihm gewiß niemand persönlich etwas Schlechtes nachsagen oder seinen guten Willen anzweifeln, aber über das Niveau des Stadtverordneten ist er doch bis heute nicht hinausgekommen. Er versteht sich vortrefflich auf das Pathos sittlicher Entrüstung und hat entschieden eine große Gabe, mit nicht allzu tiefen Gedanken die Seelen vieler guter Spießbürger zu rühren. Aber eine Führernatur? Seine besten Freunde werden ihn schwerlich dafür halten. War es ertragbar, neben der gutherzigen Unbedeutendheit des Reichspräsidenten eine zweite Null als Reichskanzler zu haben? Man kann ja sagen, daß es nicht auf die Firma des Kabinetts ankomme, und daß man von den Fachministern her gute Politik machen könne. Aber das wird heute weniger als je gelingen, wo die Fachaufgaben der Ministerien die Kraft des einzelnen Ministers von den Gesamtaufgaben der Politik abziehen. Wer in ein Kabinett Fehrenbach eintritt, läuft Gefahr, sich politisch zu kompromittieren und dabei der Sache der Nation nicht zu nützen. Das aber kann oft gar nicht so sehr durch das geschehen, was man politisch tut, als durch das, was man aus Schwäche, Ziellosigkeit und Rücksicht auf rechts oder links oder Mitte unterläßt, eine Ziellosigkeit, die dann am ungeeigneten Orte in eine Aktivität umschlägt, die das Schicksal der Nation vollkommen in die Hände eines amerikanischen Präsidenten legt, der der Nation mit einem mehr als kühlen Herzen gegenübersteht.

Nun wäre es gewiß möglich gewesen, von dem zumal in der gegenwärtigen Lage entscheidenden Ressort des auswärtigen Ministers aus führend einzuwirken. Man hat in dieser Hinsicht wohl die Tätigkeit des Herrn Dr. Simons mit einiger Erwartung begrüßt. Wenn ich recht sehe, waren bei der Wahl dieses persönlich so trefflichen Mannes und Juristen auf der einen Seite seine Erfahrungen im Auswärtigen Amte, auf der andern Seite seine Beziehungen zur Industrie, die angesichts der kommenden Verhandlungen in Spa von Bedeutung waren, entscheidend. Aber man dürfte doch wohl beide Momente dabei zumeist zu Gunsten anderer überschätzt haben. Auf die Gefahr hin, lebhaftem Widerspruche zu begegnen, muß es doch ganz deutlich ausgesprochen werden, daß es für die Führung unserer auswärtigen Politik eine große Gefahr ist, wenn sie sich ganz wesentlich und in erster Linie von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten läßt. Gewiß, die wirtschaftlichen Momente spielen, zumal heutzutage, bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands und Europas überhaupt eine ganz hervorragende Rolle und kein Politiker kann sie übersehen. Er muß sie an hervorragender Stelle in seine Überlegung einordnen. Aber er muß sie eben ihrer wirklichen Bedeutung nach einordnen, nicht die ganze Politik ihr unterordnen. Durch die rein wirtschaftliche Einstellung des Sozialismus sind auch die Gegner des Marxismus in Gefahr, die Probleme der auswärtigen Politik ganz wesentlich und einseitig nur als wirtschaftliche Probleme zu betrachten, während die wirtschaftlichen zusammen mit den geistigen, kulturellen, militärischen Fragen nur das Rohmaterial sind, mit denen und auf Grund deren die auswärtige Politik ihre Wege gestaltet. Aber die stark materialistische Einstellung der auswärtigen Politik führt immer zu einer Verkümmern ihrer eigentlichen Aufgabe. Es ist wertvoller an der Spitze des Auswärtigen Amtes einen wirklichen aus-

wärtigen Politiker zu haben, beraten von den besten Kennern des wirtschaftlichen Lebens, als umgekehrt.

Und wenn irgendwo, so trifft ganz besonders auf die Führung der auswärtigen Politik zu, daß man in ihr groß geworden sein muß. Auch Bismarck ist erst durch elf Jahre in Frankfurt, Petersburg und Paris hindurch zur Führung der auswärtigen Politik gekommen und hat oft betont, wie wertvoll ihm diese elf Jahre mit allen ihren Erfahrungen waren. Herr Dr. Simons war schon ein Fünfundziger, als er aus rein juristischer Laufbahn in die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes kam. Juristische Einstellung ist noch keineswegs politische Einstellung, ja oft eine Hinderung für diese. Die jahre- und jahrzehntelange Arbeit als Attaché, als Botschaftsrat, Gesandter und Botschafter ist schlechthin durch nichts ersetzbar, weil nur so die richtige Einschätzung des psychologischen Momentes diplomatischer Verhandlungen möglich ist. Es war zweifellos ein Vorteil, daß das deutsche Auswärtige Amt nach der Episode der Tätigkeit eines Handlungsgehilfen und dann eines Romanschriftstellers in die Hand eines Mannes kam, der wenigstens acht Jahre lang im Auswärtigen Amt in Berlin tätig gewesen war. Aber das hatte eben doch nicht genügt. Die Führung der diplomatischen Verhandlungen, besonders in London im März 1921, durch Herrn Dr. Simons ließ gerade die Momente vermissen, die auf einer richtigen Einschätzung der psychologischen Wirkung politischer Handlungen beruhen. Freilich wirkte dabei auch das Bestreben, die wohlwollende Haltung der Sozialdemokratie sich zu erhalten, außerordentlich hemmend, weil das Kabinett die Rückendeckung wesentlich nach links statt nach rechts genommen hatte. Ohne damit irgendetwas für oder gegen die auswärtige Politik des Dr. Rosen, die noch im Schoße der Zukunft liegt, zu sagen, so wird man es doch rein sachlich als in diplomatischer Beziehung nicht unwichtig werten dürfen, daß die neue Regierung Wirth wenigstens ein Pferd aus dem kaiserlichen diplomatischen Stalle zog. Denn die Kenntnis des Auslandes und der diplomatischen Verhandlungen, die ein Diplomat in dreißig Jahren in Teheran, Bagdad, Jerusalem, Abessinien, Tanger, Algier, Bukarest, Lissabon und im Haag gewonnen hat, ist in diplomatischen Verhandlungen erheblich mehr wert als alle Jurisprudenz.

Man kann sich schließlich nach alledem nicht wundern, daß das Ergebnis der dreivierteljährigen Tätigkeit des Kabinetts Fehrenbach-Simons das war, daß es sich das Vertrauen der Nation bzw. des Parlamentes nicht erworben hatte, das dazu nötig ist, um durch Zwangslagen hindurch das Steuer der Regierung fest in der Hand zu halten und daß durch Ausscheiden der Deutschen Volkspartei aus der Regierung und Eintritt der Sozialdemokratie in diese eine neue Konstellation sich ergab, die das Ergebnis der Suniawahlen 1920 zunichte zu machen droht.

Die bayerische Regierung Kahr sah sich zu gleicher Zeit in einer ähnlichen Lage; sie sah sich gezwungen, auf ihre Politik der Ablehnung sowohl des Ultimatum als im besonderen der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr zu verzichten, aber es war ihr gelungen, durch große Energie und Klugheit ein so großes Maß des Vertrauens im bayerischen Volke und im Parlament sich zu sichern, daß sie die durch die Zwangslage hervorgerufene Krisis rasch überwand.

Diese Erscheinung in Bayern führt sich letzten Endes auf zwei Dinge zurück:

1. Man gab es auf, durch Kompromiß mit dem marxistischen Sozialismus zur Wiederherstellung der Ordnung zu kommen, weil man sah, daß man auf diesem Wege wie im Reiche nur in der latenten Revolution blieb, man fing aber auch nicht an, arbeiterfeindliche Politik zu machen — in der Regierung Kahr sitzt ein christlicher nationaler Arbeiterführer —, man fing nicht an, bürgerliche oder bäuerliche Politik zu machen, sondern man entschloß sich zur Staatspolitik, zu einer Politik für die Gesamtheit, die mit aller Macht darauf hinarbeitet, die Interessen des einzelnen und der einzelnen Klassen nach dem Wohle der Gesamtheit zu regeln. Das war nur zu machen durch den festen Zusammenschluß aller aufbauenden Elemente, die bereit waren, das Staatsinteresse über das Klasseninteresse zu stellen. Auf dieser Politik beruht das Ergebnis der bayerischen Suniwahlen 1920, durch die die bayerische Volkspartei zusammen mit der „Mittelpartei“ (Deutsch-nationale Volkspartei) die absolute Mehrheit im bayerischen Landtag errang. Das zwang die auf die Hälfte zusammengeschmolzenen Demokraten, ihre Politik des Kompromisses mit dem Marxismus aufzugeben und sich der aufbauenden Politik anzuschließen, so daß schließlich bis zur Gegenwart mehr als zwei Drittel des bayerischen Landtags geschlossen hinter der Regierung Kahr stehen. Die Versuche, diese Politik wieder unmöglich zu machen, gehen, abgesehen von einer mit allen Mitteln der Lüge arbeitenden Sozialdemokratie, von zwei Richtungen aus, nämlich von dem Erzbergerflügel des Zentrums, der die bayerische Volkspartei wieder zum Kompromiß mit dem Sozialismus herüberziehen möchte, und zweitens von dem linken Flügel der Demokratie, der dieselbe aus der Koalition herausreißen möchte und dabei zugleich auch darauf spekuliert, die Deutsche Volkspartei aus der Fraktion der Mittelpartei herauszuziehen, so daß der feste Block des Aufbaus erschüttert wird. Das Ergebnis soll dann ein Ministerium des Sozialisten Muer mit Hilfe von Demokratie und Erzbergerpartei sein, das die Entwicklung zur Ordnung in Bayern wieder um Jahre in die für Bayern so verhängnisvollen Revolutionszeiten zurückwerfen würde. Daß der Sozialismus dieses Ziel bisher nicht erreicht hat, liegt letzten Endes an dem festen Zusammenhalten aller Teile der bayerischen Volkspartei und der Mittelpartei. Es muß dabei vor allem als richtunggebend auch für den deutschen Norden hervorgehoben werden, daß in Bayern ein geschlossenes parlamentarisches Zusammengehen der beiden Parteien der Rechten stattfand, auf dem zum guten Teil die Sicherheit des Ministeriums Kahr beruht. Im rechtsrheinischen Bayern fanden sich die Stimmen der Rechten fast ganz um die bayerische Mittelpartei (Deutsch-nationale Volkspartei in Bayern) bis auf eine Abgeordnete der Deutschen Volkspartei zusammen, und in der Pfalz schloß die „Deutsche Volkspartei der Pfalz“ Deutsch-nationale und Deutsche Volksparteiler zu einer Partei zusammen und im Landtage vereinigte sich dann alles zu einer Fraktion der „Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei der Pfalz“, die mit ihren zwanzig Mandaten in der Lage ist, eine ausschlaggebende Rolle zu spielen. Durch die Entschlossenheit, mit welcher in Bayern alle nach rechts strebenden und zu Ordnung und Aufbau willigen Kräfte sich zusammenfanden, ist in Bayern der Grund für die Überwindung der Schäden der Revolution und für die Gewinnung einer größeren Stabilität der Regierung gelegt worden.

Und dazu kam das zweite. Man entschloß sich endlich, einen Mann an

die Spitze der Regierung zu stellen. Herr v. Rahr ist aus der Beamtenkarriere hervorgegangen. Er war zuletzt Regierungspräsident von Oberbayern. Man wußte in weiteren Kreisen von ihm, daß er ein sehr energischer, zielbewußter Mann sei und daß er getragen war von einer ernsten, sittlichen und sozialen Auffassung seines Berufes. Bezeichnend sind für ihn die Worte, die er am 17. März 1921 im bayerischen Landtage sagte: „Ich gehe meinen geraden Weg mit dem Ziel ausschließlich auf das Wohl des Vaterlandes gerichtet. Ich werde auch weiterhin bestrebt sein, über den Parteien stehend, im Rahmen meiner Grundsätze und Weltanschauung nur der Sache zu dienen. Ich habe nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik zu treiben.“

Es ist der deutschen Demokratie eigentümlich, daß sie immer eine gewisse Angst vor dem bedeutenden energischen Manne hat. Wo nicht, wie bei den Westmächten die Demokratie lediglich die Kulisse ist für die Herrschaft weniger tüchtiger Persönlichkeiten, sondern man, wie die deutsche Demokratie, von einer wirklichen Herrschaft durch das Volk träumt, da ist es ganz natürlich, daß sich zu einer Tätigkeit als Vollzugsorgan eines fremden Willens nur Geister zweiten und dritten Grades bereit finden und immer eine gewisse Angst besteht, es könne ein bedeutender Mann zwingend dem Volke seine Politik auferlegen. Aber Volksherrschaft ist ja letzten Endes auch dann noch immer Kulisse, die führenden Geister machen auch da alles. Und es kommt daher nur darauf an, daß sich die Nation durch ihre Parteien hindurch entschließt, dem Elend der mittelmäßigen Führung ein Ende zu machen und endlich das eigentliche politische Problem in der Berufung eines Staatsmannes zu sehen. Bei der letzten Regierungskrise im Reiche bemerkte ein italienischer Staatsmann, daß Italien seinen bedeutendsten Staatsmann Giolitti, den 78jährigen, in schwieriger politischer Lage zur Führung berufen habe, während Deutschland den 72jährigen Fürsten Bülow feiern lasse.

Der Weg, den die Deutsche Volkspartei im Reiche eingeschlagen hat, wurde aus bester Meinung erwählt, aber er hat sich als ungangbar erwiesen. Ihn aufs neue einzuschlagen, ist nicht ratsam.

Ich sehe in dieser Lage nur einen einzigen Weg, vorwärts zu kommen, nämlich den festen, durch nichts zu hemmenden Zusammenschluß der beiden Parteien der Rechten zu einer politischen Arbeitsgemeinschaft als Grundlage für einen Block nationaler Politik.

In demselben Moment, wo wir auf der Rechten nicht zwei beliebig voneinander zu trennende Parteien mit 71 und 66 Mandaten, sondern einen auf dem Boden nationaler Gedanken und aufbauender staatsmännischer Politik stehende Front von 137 Mandaten haben, wird die politische Situation im Reich eine durchaus andere. So lange die Linke den beiden Parteien der Rechten gegenüber ihr *divide et impera* anwenden kann, so lange wird in der Reichspolitik die nationale Ziellosigkeit und die Mittelmäßigkeit deshalb triumphieren, weil man eben nicht zu gleicher Zeit eine Politik Birth-Grzberger-Hermann Müller und eine Politik Stresemann machen kann. Man kann nationale Politik machen und man kann sozialistische, marxistisch internationale Politik machen, aber man kann nicht zu gleicher Zeit nationale und sozialistische Politik machen, wie es die sogenannte Politik der Mitte, die nichts als Politik der Unklarheit ist, will. Eine nationale Politik kann, will und darf nicht gegen die

Arbeiter regieren, sie muß für alle Stände da sein, sie muß auch Arbeiterpolitik im besten Sinne des Wortes sein, aber sie muß mit dem Todfeind des deutschen Arbeiters, dem sozialistischen Marxismus, reinen Tisch machen. Diesen Gegensatz sieht man auf der Seite der Sozialisten, die ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnen, klarer ein als auf der anderen Seite.

Was wird die Folge des engen Zusammengehens der beiden Rechtsparteien sein? Zunächst die, daß die Mitte, Zentrum und Demokraten, vor die schwerwiegende Entscheidung ihrer künftigen Orientierung gestellt wird. Sie können sich für Zusammengehen mit den Sozialisten mit Rückendeckung nach den Unabhängigen hin entscheiden, wie das Kabinett Wirth. Daß diese Politik eine Politik der Dauer sein kann, wird wohl schwer zu glauben sein. Sollten die Demokraten versuchen, auf diesem Wege die kommenden Steuergesetze zu machen und ihre ganze Politik nach links einzustellen, so werden sie bei den dann sehr wahrscheinlich bald erfolgenden Neuwahlen etwas erleben, was ihre Niederlage vom Juni 1920 und Februar 1921 noch weit in den Schatten stellt. Das wissen die Demokraten. Es kommt nur darauf an, wie weit sie bei den beiden Parteien der Rechten den unbeirrten Willen sehen, den Mittelpunkt eines Blockes des nationalen Wiederaufbaues zu bilden.

Und auf der anderen Seite warten die besten Kräfte im Zentrum nur darauf, daß man sich auf der Rechten aufrafft und eine wirkliche Deckung bietet für eine stabile Politik, in welcher auch die eigentümlichen Interessen der Zentrums- partei, vor allem auch auf religiösem Gebiete, eine bessere Stütze finden, als bei der unnatürlichen Verbindung mit der Sozialdemokratie. Die starke christliche und nationale Arbeiterbewegung, besonders auch in der Deutschnationalen Volkspartei, gibt ja ohnehin Verbindungslinien und wird eine Wendung des Zentrums- arbeiterflügels nach der Sozialdemokratie verhindern. Und wenn auf diesem Wege die Erzbergerleute endgültig ausgeschaltet werden, so werden weiteste Kreise des Zentrums befreit aufatmen, die nur deshalb diese Demagogie und diesen Zug zum Sozialismus nicht unwirksam machen konnten, weil sie bei der Gespaltenheit der Rechten dort keinen kräftigen politischen Anhalt finden konnten.

Auch auf diesem Wege nur, nicht auf dem Wege des Paktierens mit der Sozialdemokratie können wir zu einer großen nationalen Arbeiterbewegung kommen und einen großen, den besten Teil der Arbeiterschaft von der marxistischen Führerschaft abziehen. An Kommunismus, Marxismus und Internationale glaubt ja schon längst ein großer Teil der Arbeiterschaft nicht mehr, aber er sieht vorläufig noch in der marxistischen Sozialdemokratie seine Interessenvertretung. Bekommen wir aber endlich eine wirklich nationale Politik, die, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht wird, immer auch zugleich soziale Politik sein muß, so ist das der einzige Weg zu dem, was notwendig ist, nämlich zu der Wiedergewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Gedanken.

Dabei ist es nicht von entscheidender Bedeutung, ob es sofort gelingt, die Politik des nationalen Blockes der Rechten mit Heranziehung von Demokratie und Zentrum in die Wirklichkeit umzusetzen. Man muß warten lernen und nicht um augenblicklicher taktischer Vorteile willen das große politische Ziel verfehlen. Man lasse Demokratie und Zentrum ruhig mit den Sozialisten regieren; sie

werden dabei nun nicht mehr sehr weit kommen und die besten Kräfte der Nation werden ihnen auf diesem Wege nicht mehr bereit sein zu folgen.

Der Erfolg einer solchen Politik wird sich wahrscheinlich früher zeigen, als man ahnt. Denn eine solche klare Politik der Rechten wird die besten Kräfte für sich gewinnen, die jetzt Anstoß daran nehmen, daß die beiden Parteien der Rechten sich zerkrüppelt haben. Zu den Suniwahlen 1920 marschierten die beiden Parteien der Rechten, von einigen mehr örtlichen Dissonanzen abgesehen, gemeinsam auf, und weiteste Kreise in beiden Parteien erwarteten nichts anderes als den nationalen Block der Rechten, eine Hoffnung, die durch die Regierungsbildung getäuscht wurde. Es war die ganz natürliche Folge, daß aus dem Miteinander ein Gegeneinander wurde und man in Schrift und Wort nicht mehr recht spürte, daß die beiden Parteien auf das engste zusammengehören. Geht man den im Juni 1920 eingeschlagenen Weg weiter, so wird das künftighin noch mehr in die Erscheinung treten zum Schaden des nationalen Gedankens.

Ich sage nicht zu viel, wenn ich sage, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Millionen der Wähler aus beiden Parteien diese ganze Entwicklung auf das tiefste bedauert. Man hält es für selbstverständlich, daß die beiden Parteien nur geschlossen vorgehen, sich nur geschlossen an der Regierungsbildung beteiligen, Hand in Hand ihre Kämpfe, auch ihren Wahlkampf führen, allen Zwiespalt um des gemeinsamen nationalen Gedankens willen beiseite setzen. Man will, daß sich um die beiden Parteien des nationalen Blockes alle Scharen, die guten Willens sind in der Erwartung, daß sich dann alle weiteren Parteien und Kreise dazu finden, für die im Grunde ihres Herzens doch schließlich in ihrer Politik der nationale Gedanke den Ausschlag giebt.

Es ist klar, daß bei einem solchen Zusammengehen die eine wie die andere Partei hier und da einen Pflock zurückstecken muß und diese oder jene Bewegung in ihren Reihen etwas eindämmen muß, damit das Zusammengehen nicht erschwert wird. Auf der anderen Seite aber ergänzen sich die beiden Parteien so vortrefflich, daß ihre Zusammenfassung hinsichtlich der deutschen Landschaften, der Wirtschaftszweige, der Stände, der geistigen Interessen usw. ein Spiegelbild der gesamten Nation in allen ihren Teilen bietet. Das aber ist der Boden für eine dem Ganzen der Nation dienende Politik.

Ich rede mit dem allen nicht im Auftrage irgend einer Richtung, Partei oder Gruppe, sondern lediglich für mich selbst, aber wo ich hin und her im Lande schriftlich oder mündlich bei Angehörigen der beiden Parteien der Rechten und solchen, die sonst den Gedanken des nationalen Aufbaues pflegen, diese Gedanken besprach, waren sie die politische Grundstimmung aller. Hinter dem Gedanken, daß wir nicht sozialistische Politik und nicht schwächliche Kompromißpolitik der Mitte, sondern klare nationale, im besten Sinne soziale Politik machen müssen und dieses nur geschehen kann auf dem Boden einer festen Zusammenfassung der beiden Rechtsparteien, stehen nicht Hunderte und Tausende, sondern viele Millionen. Wer diesen Weg entschlossen geht, hat die besten Kräfte der Nation hinter sich.

Wie die enge Zusammenfassung zu gestalten ist, das ist Sache besonderer Überlegung, der ich nicht vorgreifen möchte. Es muß jedenfalls mindestens grund-

fählich und für eine längere Dauer vereinbart werden, 1. daß man in den entscheidenden Fragen der Regierungsbildung nur gemeinsam handelt, 2. daß man mit aller Kraft auf eine staatsmännische Persönlichkeit zur Führung der Reichsgeschäfte hindrängt, 3. daß man sich dahin einigt, alle Kämpfe gegeneinander im Parlament und draußen im Lande hintanzuhalten und überall für friedlichen Ausgleich zu sorgen.

Der hier beschriebene Weg der nationalen Sammlungspolitik ist der Weg, den wir gehen müssen, wenn wir aus der latenten Revolution, in der wir uns gegenwärtig befinden, herauskommen wollen. Erst eine Regierung, die eine Führerpersönlichkeit an die Spitze stellt, die sich über die Klassen, Stände und Parteien stellend das Ganze der Nation im Auge hat, Ordnung und Recht in fester Hand hält, die Ehre der Nation wahrt und in kluger Politik die nationale Befreiung im Auge hat, wird sich das Vertrauen der Nation erwerben. Dürfen wir noch einen Moment zögern, diesen Weg einzuschlagen?



Deutscher Aufbau in der Ostmark

Von Dr. Franz Lüdtke



ein Gebiet unseres Vaterlandes ist durch die vernichtenden Folgen des Schmachfriedens so bis ins Herz hinein getroffen worden, wie unsere Ostmark. Gewaltige Teile von ausschlaggebender Bedeutung für unsere Volksernährung und Volkswirtschaft sind ohne Volksabstimmung dem Körper des Staates abgerissen worden; anderen, die auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes deutlich und überzeugend ihr Verbleiben beim Mutterlande gewünscht haben, wird durch geduldeten Aufruhr, durch Winkelzüge und täglich sich häufende neue Schmach dasselbe Los bereitet. So schwebt das Schicksal über Oberschlesien, es gingen Danzig und Memelland verloren, der „Korridor“ mit Konitz und Graudenz, Bromberg und Thorn ist dahin, die Provinz Posen, deren überwiegender Teil heute noch und jetzt erst recht für Deutschland stimmen würde, ist polnischer Wirtschaft anheimgefallen, Posen selbst und Gnesen, Hohensalza, Bissa und wie all diese aufblühenden Städte heißen, sind der Fremdherrschaft überantwortet. Was ist von der deutschen Ostmark noch übrig? Die „Kolonie“ Ostpreußen und ein schmaler Streifen, der den Namen Grenzmark Posen-Westpreußen trägt und die Reste von neun Landkreisen umfaßt, dazu das umkämpfte Schlesien. Grenzprovinzen sind aber auch Pommern und Brandenburg geworden, und der Deutsche muß sich daran gewöhnen, fortab zum mindesten alles das als Ostmark aufzufassen, was rechts der Oder gelegen ist. So hat ein unheimliches Schicksal unsere Heimat zerstückelt und zerstört; durch